

INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION

BETREFFEND "2000-WATT-GESELLSCHAFT"

VOM 14. SEPTEMBER 2007

Die Alternative Fraktion hat am 14. September 2007 folgende **Interpellation** eingereicht:

Der Energiebedarf für eine Person in der Schweiz liegt heute bei 6'000 Watt. Dieser Wert übersteigt ein nachhaltiges Niveau um das Dreifache. Gleichzeitig ist die Klimaerwärmung eine Realität. Die ungehemmte Verbrennung fossiler Energie heizt die Atmosphäre immer stärker auf. Eine Häufung von zerstörerischen Überschwemmungen, beschleunigtem Gletscherschwund, verheerenden Stürmen sind nur einige der katastrophalen Auswirkungen der Klimaveränderung, welche uns Abermillionen Franken kosten. Trotzdem nimmt der Verbrauch fossiler Energien weiter zu. Nicht einmal die minimalen Ziele des CO₂-Gesetzes – welche ausgehend vom Referenzjahr 1990 eine Reduktion der schädlichen CO₂-Emissionen um 10 % bis zum Jahr 2010 verlangen – sind in der Schweiz in Griffnähe. Die CO₂-Emissionen waren 2006 immer noch gleich hoch wie 1990.

Auch die Schweiz muss sich an der Obergrenze der weltweiten Erwärmung von maximal 2 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Durchschnittstemperatur orientieren. Dies bedeutet für die Schweiz, dass die Emissionen von Treibhausgasen bis 2020 um 30 Prozent und bis 2050 um 90 Prozent sinken müssen. Dazu braucht es entschlossenes Handeln. Und zwar heute. Neben einer Umstellung unserer Energieversorgung auf erneuerbare Energien braucht es massive Anstrengungen im Energieeffizienzbereich, konkret die 2000-Watt-Gesellschaft.

Der Bundesrat hat in seiner Strategie „nachhaltige Entwicklung 2002“ die Vision dieser 2000-Watt-Gesellschaft formuliert. Eine solche bis ins Jahr 2050 zu erreichen, ist technisch machbar, benötigt aber gewaltige politische Anstrengungen. Es braucht wesentlich weitergehende konkrete Massnahmen als bis anhin. Diese müssen heute angegangen werden. Es stellt sich dabei die Frage, welche Massnahmen der Kanton unabhängig von den Vorgaben des Bundes veranlassen kann. Wir denken dabei an die Energiesektoren wie die Bereiche Strom, Wärmedämmung, Umgang mit Kühlung und Mobilität.

Der Alternativen Fraktion und mit ihr einem grossen Teil der Zuger Bevölkerung ist es ein grosses Anliegen, dass auch hier im Kanton Zug geeignete Massnahmen auf das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft hin ergriffen werden und das brisante Thema nicht einfach an den Bund delegiert ist. Selbst der Stadtrat von Zürich hat die Anliegen der

2000-Watt-Gesellschaft in sein Legislaturprogramm aufgenommen und will gezielt aktiv werden, ohne dass er vom Bund dazu gezwungen wird.

Daher stellen wir der Regierung folgende **Fragen**:

1. Hat der Regierungsrat ein "Energieleitbild"? Wenn ja, welches? Was ist dessen Inhalt? Welche konkreten Massnahmen werden wann angegangen oder umgesetzt?
2. In welchen Bereichen kann der Kanton - ergänzend zu Bund und internationalen Verpflichtungen - eine Energiepolitik hin zur 2000-Watt-Gesellschaft unterstützen? Wie stellt sich der Regierungsrat zum Anliegen? Welche konkreten Massnahmen sieht die Regierung? Mit welchem Kostenaufwand müsste gerechnet werden?
3. Was würde der Kanton Zug aus freien Stücken unternehmen, sollte der Bund die 2000-Watt-Gesellschaft verlangen. Wo würde der Regierungsrat den Hebel ansetzen?
4. Welchen Beitrag zusätzlich zu den bereits ergriffenen und vorgesehenen Massnahmen kann der Kanton zum Zwischenziel 2020 beitragen? Kann beispielsweise das Energiegesetz innert nützlicher Frist mit konkreten Massnahmen ergänzt werden? Mit welchen und bis zu welchem Zeitpunkt?
